

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch unsern Verleger, August Heise, Halle a. S., Postfach 150, 1.50 Mk. (1924) und 2.00 Mk. (1925) zu erlangen. Einmalige Bestellungen: 200 Hfr. vorzuzahlen.

Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zeilen berechnet, die Zeile 0,25 Mk. (1924). Bezugspreis: Neue Dramatische 10 und 20. Bezahlungsfrist: 17. September. Sommer-Nummer 743. Bezugspreis: „Sozial-Zeitung Halle a. S.“, Postfach 150, Halle a. S. Postfach 150, Halle a. S. Postfach 150, Halle a. S.

Unsere „Jeunesse dorée.“ Von Oswald Spengler.

„Wenn das Deutsche Reich“ heißt die neue politische Schrift Oswald Spenglers, der das nachdrücklichst die Enttarnung ist. (Krieg & S. 202. München.) Schrift und Reformvorschlüsse auf den Gezeiten der Verwaltung, des Rechts, der Erziehung, der Bildung, des Staatswesens und der Wirtschaft bietet die Schrift. Alles gesehen unter gewöhnlichen weltanschaulichen Zukunftsperspektiven.

Im Jahre 1919 in „Prekeltum und Sozialismus“, das wir infolge unserer mäßigen Revolution eine Direktorialzeit vor dem Thronidior durchleben. Das dauert nun vier Jahre, und in der Unterbrechung mit unzähligen Mitteln liegt heute die Gefahr der inneren Lage. Was man allgemein zu wenig kennt, sowohl die Tatsachen als vor allem die seelischen Gründe, ist aber eben diese Direktorialzeit, die zweite Schreckenszeit der französischen Revolution, deren Einzelheiten gemeiner, trostloser, juchendbar sind als die der ersten, weil ihnen jede Spur von Größe fehlt; sie besaß keinen Glauben an Ideen, Ziele, Einrichtungen, keine Persönlichkeit, keine Tat, nicht einmal die Zuversicht auf die Dauer der eigenen Herrschaft. Es handelt sich in ihr um die Rettung nicht der Revolution, sondern der Revolutionäre, wie Siebels 1795 sagte.

Wir pflegen die Ereignisse so zu sehen: 1789 der Aufbruch, dann der Königssturz, die Schreckenszeit, dann Robespierre, dann Napoleon. Aber Robespierre verfuhr im Sommer 1794 und Napoleon kam im Herbst 1799; dazwischen liegen fünf grauenvolle Jahre, um die sich heute niemand kümmert, weil sie dem Historiker nichts Persönliches bieten, keinen Mann, keine Schöpfung, kein Ereignis — denn die Weltgeschichte Napoleons in Italien und Aegypten haben mit der Lage in Frankreich gar nichts zu tun — nur Unfähigkeit und Schmutz. Aber sie waren da, und das dies möglich war, ist ein Problem, das uns mit Rücksicht auf unsere eigene nächste Zukunft sehr ernst beschäftigen sollte.

Wie kam es zu diesem Rückfall in die Schreckenszeit? Nach der Hinrichtung Robespierres schien es keinen Halt in der Festsetzung seines Systems mehr zu geben. Der Jakobinerklub wurde geschlossen, seine Anhänger vertrieben oder hingerichtet, seine Mitglieder in Paris täglich mit der Ausnutzung des Königtums, die nur dadurch aufgehoben wurde, daß der junge Prinz in diesem Augenblick im Temple starb. Es erhebt sich die Jeunesse dorée, entschlossene junge Leute, die von den Jakobinern genug hatten und mit Frauen und Städten unbesümmert um die schweren Fragen der Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die neue Epoche einleiten wollten. Nun, die Wölfe sind die Jeunesse dorée von heute, aus derselben Ursache hervorgegangen, von demselben Geist getragen. Sie haben die gleiche leicht entzündliche Besserung, den gleichen Tatendrang, dieselbe Ehrlichkeit und dieselbe Bescheidenheit. Aber die einen noch die anderen ahnten etwas von der Schwere staatsmännischer Aufgaben in einem durch und durch verwesteten Lande; sie sahen auf frühe Erwägungen verächtlich herab und sie hatten wenig Lust, sich ernsthaft um profane Einzelheiten der Verwaltung, der Arbeitslage, der Verwaltung, der Finanzen und auswärtigen Beziehungen zu kümmern. Es war genug, wenn die Jakobiner ihre Stöße auf den Rücken schickten.

Die kurze Geschichte dieser Bewegung ist noch nicht geschrieben, aber der Mangel an Bescheidens war damals der gleiche wie heute, wo er Realpolitik auf Rasenfüße aufbauen möchte. Diese Gefühle mögen noch so allerverbreitet, tief und natürlich sein, sie sind keine Unterlage für große Politik, mit der ein Land regiert oder gerettet werden soll. Jede Staatskunst und jeder gesunde Volkssinn nimmt Bewagungen, wo er sie findet,

Die Parteifeme der Deutschvölkischen.

Ein politischer Mord. Die Feststellungen der Berliner Polizei.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Seit mehreren Tagen beschäftigt sich die Berliner Polizei mit einem Verbrechen im Tegelers Hof. Die Ermittlungen der Abteilung Ia haben ergeben, daß der Mann von deutsch-völkischer Seite ermordet worden ist, weil er im Verdacht stand, Beziehungen zu den Kommunisten zu haben. Nach erfolgtem Mord sind dem Toten die Taschen gelehrt und die im Besitz des Toten befindlichen Wertgegenstände zu Geld gemacht worden. Der Hauptfahndling ist schließlich: zwei auf der Mordtat Beteiligten wurden von der politischen Polizei festgenommen.

Die Bestimmtheit der amtlichen Feststellung schließt wohl jeden Zweifel an der Richtigkeit der hier jetzt bekannt gemachten Einzelheiten aus. Der Hauptmordverdächtige, der in gewissen radikal-völkischen Kreisen gewirkt, hat danach ein neues Opfer geordert. Angehörige einer deutschvölkischen Organisation haben einen der ihren, weil er im Verdacht stand, ein Verräter zu sein, heimlich im Wande abgeschlachtet, offenbar um die Spuren ihrer Tat zu verwischen — nachträglich herab und herab gründlich verschärft, das erst ein Zufall die Leiche zutage förderte. Aus der Tat, die ja nicht die erste ihres Schlages ist, spricht eine bestartige Verkommenheit und Verwilderung völkischer Begriffe, daß man mit Mischen und Ekel aus den geringsten selbstbar mitberührenden Umständen zu tunen will. Man entsetzt sich über den durch jenes Verbrechen unheilbar kompromittierten Soldaten „der Auskommen“ Schluß mit dieser Verurteilung, hinaus mit Leuten, die unsere Jahre mit Blut bedeckt!

Der Amtliche Preussische Pressebericht teilt das am Anfang Dezember des vorigen Jahres berichteten Berliner Verbrechen über einen Mord im Tegelers Hof, dem ein angeblicher Oberleutnant Müller zum Opfer gefallen sein sollte. Als Mörder kam ein gewisser Robert Grüte-Dehler in Betracht. Grüte-Dehler war damals verhaftet worden. Nun ergab aber damals, als man der Korbanahme nachging, der Verleumdung, daß es sich nicht um die Person des angeblichen Oberleutnants Müller, der in Wirklichkeit Dammsch hieß, handelte. Da auch Grüte-Dehler, nachdem dieses Ergebnis herausgefunden war, sein ursprüngliches Geständnis zurückgenommen hatte und eine andere Leiche nicht gefunden wurde, wurde er nach einiger Zeit aus der Haft entlassen. Erwähnt sei noch, daß damals bei Grüte-Dehler zwei in Politik aktiven gefunden wurden, die wie folgt lauteten:

Herr Robert Grüte-Dehler ist in unserm Auftrag für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorkommern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterzügen zu wollen.

Mit deutschem Gruß
(ges.) R. W. U. f. e.
M. d. R.

Der zweite Ausweis lautete:
Ausweis.
Herr Robert Grüte-Dehler, Berlin-Waldmannslust, ist von Herrn Reichsaussenminister Wulle benachteiligt, die für den Herold erforderlichen Unterlagen im Falle Müller zu beschaffen.

J. A. (ges.) Wilhelm K. u. e.
Reichsgeldaufsicht.
„Deutscher Herold.“
Der Geschäftsführer.

Die ganze Angelegenheit hat jetzt eine überaus wichtige Bedeutung dadurch angenommen, daß nunmehr im Tegelers Hof wieder die Leiche des R. Müller (Kommunist) gefunden worden ist, und im Zusammenhang damit auch die Begleitumstände genau aufgeklärt worden sind. Die am 11. Mai von einem Späziergänger aufgenommene Leiche zeigt die Mundöffnung der drei Augenhöhlen, die von Grüte-Dehler auf den Ermordeten eingegeben worden sind. Ein gewisser Stelentamp und ein gewisser Wölcher, die ebenfalls in die Angelegenheit verwickelt sind, befinden sich zurzeit in Haft.

Es mochten, lediglich aus Realitätsaspekten und Einkreispolitikern, zusammengefaßt sein werde. Das Programm Herriots könne in die nachstehenden Punkte zusammengefaßt werden:

- a) Auswärtige Angelegenheiten. 1. Eine Zusammenarbeit mit Großbritannien zur Verwirklichung des Schacherfängersystems ohne irgendwelche Vorbehalte hinsichtlich künftiger Sanktionen für den Fall deutscher Verfehlungen. 2. Fortdauer der militärischen Operationen im Ruhrgebiete, bis die Bezahlung der Reparationen durch angemessene Garantien abgesichert wird. 3. Stärkung der französischen Finanzen durch eine Politik internationaler Wechselkursstabilisierung.

b) Innere Politik. 1. Einmal eine allgemeinen politischen Amnestie, die sich nicht nur auf die Kommunisten und Revolutionäre erstreckt würde, sondern in die auch gewisse Sozialisten einbezogen sein. 2. Abschaffung des Einkommensteuers.

Nach dem „Petit Parisien“ beschäftigt die Kommunistische Partei sofort nach Eröffnung der Kammer nachfolgende drei Punkte zur Debatte zu bringen: 1. Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet. 2. Erlass einer allgemeinen Amnestie unter Einbeziehung der politisch Verurteilten und namentlich Josef Caillaux.

Der „Excelsior“ erklärt in einer angelegentlich offiziellen Note, daß Präsident Millerand eventuell zur Zeit die Forderung auf Aufrechterhaltung der französischen Vertretung beim Ratikon sowie die Anerkennung der Sowjetregierung fallen lassen werde, dagegen daran festhalte, daß die Ruhr erst nach Abgabe der deutschen Zahlungen von militärischen Standpunkten aus geräumt werde. Das Blatt hebt hervor, daß die Realitätsaspekten im Hinblick auf die Notwendigkeit, Frankreich die Reparationen zur Verfügung zu stellen, sich mit dem Standpunkte des Präsidenten einverstanden erklären werden. * * *

Polnische Hoffnungen.

Warschau, 15. Mai. (Radiotele.) Die Blätter sind fast übereinstimmend der Ansicht, daß der außenpolitische Kurs Frankreichs auch unter der neuen Regierung eine wesentliche Änderung erfahren dürfte. Polen habe in Frankreich einen natürlichen Verbündeten. Manche Blätter meinen, wenn Poincaré oder Herriot ans Ruder gelangen sollten, würden die Aussichten Polens nicht so glänzend sein wie bei einem Kabinett Briand, der ein überzeugter Freund Polens sei.

Die Außenpolitik hat das Wort

Falsche politische Einstellung der Deutschnationalen.

Schon seit einigen Tagen gehen den Reichstagsverhandlungen zum Teil sehr bündige und erbiterte Redebeiträge über die Frage voraus, wer Anspruch darauf hat, als stärkste Fraktion zu gelten und entsprechend behandelt zu werden. Die Deutschnationalen hatten sich in den Gebanten eingelebt, die beherrschende Fraktion des neuen Reichstages zu sein. Die Anhebungen, daß unter Umständen eine Fraktionsgemeinschaft der Mitte ihnen diesen Platz freitun machen könnte, hat die deutschnationalen Presse aufgeschreckt und in Panik gebracht. Es soll vorweg bemerkt sein, daß niemand daran denkt, den Deutschnationalen die Verantwortung freitun zu machen. Im Gegenteil: man kann es nur auf das Unmögliche wünschen, daß den Deutschnationalen auch einmal beschließen sein möge, die Politik von der verantwortlichen Seite her aufzufassen. Aber damit hat die Streitfrage, die die Presse so in Erregung versetzt, gar nichts zu tun.

Es handelt sich nicht um äußerliche Fraktion betriebe zu werden und die Rechtsregulierung, die einander gegenüberstellen. Die Deutschnationalen behaupten, daß der Wahlschlag unter einer innerpolitischen Karole geschlagen werden lie. Und diese Karole heißt: Kampf der Sozialisten und Abrechnung mit der Sozialdemokratie. Da die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen zweifellos mit dieser Karole einen großen Mandatserfolg erlangen haben, so kann man es verstehen, wenn sie jetzt diese Karole noch aufrecht erhalten möchten. Haben die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen damit recht, daß es bei dem Wahlschlag um eine innerpolitische Entscheidung gegangen ist, so haben sie auch recht mit ihrem Anspruch, als führende Fraktion betriebe zu werden, und die Rechtsregierung zu bilden, die sie als die Krönung ihres Wahlerfolges ansehen.

Aber jeder, der die Lage in einem größeren Gesichtskreis betrachtet, wird sofort zu der Überzeugung kommen, die Deutschnationalen haben nicht recht. Wesentlich ist allein die ganz offenkundige Tatsache, daß in Deutschland in der nächsten Zeit alles auf die außenpolitische Entscheidung gestellt ist. Es ist noch nicht lange her, daß Herfflich unter ähnlichen Verhältnissen selbst geoffenbart hat, man müsse innerpolitische Auseinandersetzungen, seien sie auch grundsätzlicher Art, außenpolitischen Notwendigkeiten gegenüber zurückstellen. Sollte das heute etwas nicht mehr noch sein? Sollte das nicht mehr gelten angelehrt der Wahrscheinlichkeit, daß in ganz kurzer Zeit die Entscheidung über das Sachverhältnis gütigsten fällt und damit die Entscheidung über die Frage, ob es überhaupt gelingen wird, Deutschlands Außenpolitik endlich in sichere Bahnen zu lenken und für die Entwicklung unseres Volkes einen Ausweg ins Freie zu gewinnen.

Soll wirklich in einer solchen Lage die Frage entscheidend sein, ob in Deutschland jetzt links oder rechts regiert wird? Sollten sich nicht vielmehr alle Parteien, so weit es geht, zusammenfinden und gemeinsam an Rettungsgängen zu gehen? Steht man diese Frage und beantwortet man sie mit dem selbstverständlichen Ja, so wird damit sofort klar, daß die Deutschnationalen mit ihrer Berechnung nicht das Richtige treffen. Steht man die außenpolitische Entscheidung, wie sich gebührt, in den Mittelpunkt der parlamentarischen Verhandlungen und berechnet man danach das Votum vom 4. Mai, so ergibt sich, daß nur eine Minderheit von Wählern gegen die bisherige Außenpolitik entschieden hat, selbst wenn man die gefanten für die Deutschnationalen abgegebenen Stimmen zu den Gegnern dieser Politik rechnet.

Um Poincarés Nachfolger.
Paris, 15. Mai. (Radiotele.) (S. 3.) Journalist macht folgende Angaben über die Lage: Als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung kommen lediglich Briand und Herriot in Betracht. Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien haben bisher noch nicht stattgefunden. Die bisher vorliegenden mutmaßliche Ministerliste ist lediglich als eine leere Kombination zu betrachten. Die große Unbekannte in der politischen Gleichung ist die Haltung der sozialistischen Parteien, deren Mitglieder in der Frage, ob ein Eintritt in die neue Regierung im Parteinteresse liege, sich völlig unentschieden sind. Falls die Sozialisten es ablehnen sollten, sich an der Bildung des neuen Kabinetts zu beteiligen, bricht das Ministerium in sich zusammen. Aber die Haltung Briands im Falle einer teilweisen oder völligen Ablehnung seines Programms werden seine bekümmerten Ansichten verdeutlichen.

„Dass Mail“ behauptet, indem sie den Engländern darstellt, daß das Kabinett Herriot unter Ausschluß der Sozialisten, die es nicht an-

